

Nachrichtenauslese: Zuwanderung in Deutschland

Ausländerquoten, Einbürgerungen, Asylanträge und die Integrationspolitik der CSU-Staatsregierung

Von Walter Layen

Ausländerquote in Berlin:

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat jetzt ermittelt, daß jeder vierte Einwohner Berlins ausländische Wurzeln hat. 42 Prozent von ihnen haben die deutsche Staatsangehörigkeit erworben, teilte Berlins Integrationsbeauftragter Günter [Piening](#) mit.

Ermitteln wir die absoluten Zahlen, um eine Vorstellung von der realen Größenordnung zu bekommen: Die Einwohnerzahl Berlins beträgt 3,4 Mio. 25 Prozent davon haben ausländische Wurzeln, das sind also 850.000 Einwohner.

42 Prozent von ihnen haben einen deutschen Paß, das sind 357.000. Der Rest, also 58 Prozent, das sind 493.000, sind Ausländer im eigentlichen und formalen Sinne.

In den Bezirken Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg stammten rund 60 Prozent der Heranwachsenden aus Einwandererfamilien. Berlin-Mitte ist der Bezirk mit dem höchsten Anteil an Einwanderern (44,5 Prozent), gefolgt von Neukölln (38,7) und Friedrichshain-Kreuzberg (36,6). Im ehemaligen Osten Berlins wohnen im Bezirk Lichtenberg mit 16 Prozent die meisten Ausländer.

Piening sagte weiter, daß an den Schulen der Innenstadtbezirke künftig Kinder aus Einwandererfamilien mehr als zwei Drittel der Schüler stellen werden.

Zahlen zur Einbürgerung von Ausländern in den vergangenen Jahren:

Das Statistische Bundesamt¹ hat ermittelt, daß im Jahr 2007 etwa 113.000 Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, das waren oder 9,5 Prozent weniger als im Jahr 2006. Bei den ausländischen Ehegatten und minderjährigen Kindern sank die Einbürgerungsquote sogar um 15 Prozent.

Die meisten Einbürgerungen waren nach Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erfolgt. Damals erhielten etwa 200.000 Antragsteller einen deutschen Paß. Insgesamt sind seit Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts durch die damalige rot-grüne Koalition mehr als 1,5 Millionen Ausländer eingebürgert worden.

Jeder vierte neue Bundesbürger hatte zuvor die türkische Staatsangehörigkeit. Das entspricht dem prozentualen Anteil der Türken an der ausländischen Bevölkerung.

In Deutschland leben insgesamt 6,7 Millionen Ausländer, von denen die überwiegende Zahl (4,7 Millionen) schon acht Jahre oder länger hier ist und einen Anspruch auf Einbürgerung hätte.

Die Zahlen der Asylbewerber im ersten Halbjahr 2008:

Im ersten Halbjahr 2008 wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums etwa 11.000 Asylanträge gestellt, das sind 30 Prozent mehr als von Januar bis Juni 2007. Knapp ein Drittel der Antragsteller (etwa 3500) kam allein aus dem Irak. Das ist schon erstaunlich, da dieses Land ja nun schon seit über 5 Jahren von den USA befreit worden ist. Die nächstgrößeren Asylantenkontingente kamen aus folgenden Ländern:

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.07.2008 Seite 5.

Irak	3500
Türkei	765
Serbien	664
Vietnam	524
Rußland	396
Syrien	380
Iran	343
Libanon	337
Nigeria	241
Kosovo	241

Migration und Integration á la CSU

„Junge Bayern in die Türkei“ schreibt die FAZ vom 16.07.2008 Seite 4.

Der Sachverhalt kommt so sachlich daher, daß ihn der flüchtige Leser übersehen wird. Das ist wohl beabsichtigt, doch es lohnt sich, die Dinge etwas näher anzuschauen.

„Im Kampf gegen den Lehrstellenmangel will die bayerische Regierung erstmals Zuschüsse für die Berufsausbildung bayerischer Jugendlicher in der Türkei zahlen“ schreibt die FAZ. Aber es sind natürlich keine bayerischen Jugendlichen, sondern türkische, die man in die Türkei zur Ausbildung schickt. Da werden ja sogar die Fakten manipuliert um falsche Vorstellungen entstehen zu lassen.

Die Eltern oder Großeltern der Jugendlichen hat man nach Deutschland einmal als Gastarbeiter geholt, weil der deutschen Wirtschaft die hiesigen Arbeitskräfte nicht mehr ausreichten, um die angepeilten Gewinne und Renditen zu erzielen. Die Gäste sind geblieben. Jetzt – im Zuge der Globalisierung – hat man für die eigene Bevölkerung nicht mehr genug Arbeitsplätze, doch die Gäste sind immer noch da.

Auch für ihre Kinder und Enkel hat man keine Arbeitsplätze bzw. Lehrstellen. Deshalb schickt man sie zurück in die Türkei und läßt sie dort ausbilden und zahlt für die Ausbildung. 4000 Euro pro Auszubildenden. Gedacht sei an „eine Ausbildung vor allem für in Bayern lebende Kinder türkischer Einwandererfamilien im Hotel- und Gaststättengewerbe“, sagte die CSU-Sozialstaatssekretärin Melanie Huml.

Natürlich muß man sich fragen warum diese Kinder nicht im elterlichen Betrieb in Deutschland ausgebildet werden könnten? Ob die Ausbildung in der Türkei für die später angestrebte Integration in Deutschland förderlich ist, könnte man sich ebenfalls fragen. Auch die Tatsache, daß die Kinder während ihrer Ausbildung von ihren Eltern getrennt in der Türkei leben müssen ist anscheinend kein Problem für das CSU-Sozialministerium. Aber diese Fragen werden nicht gestellt! Und es gibt noch weitere Zusammenhänge und Hintergründe zu bedenken:

Wenn die Jugendlichen nach ihrer Ausbildung zu ihren Eltern wieder zurückkommen, werden sie die Zahl der heimischen Arbeitslosen erhöhen. So lange das Heer der Arbeitslosen in Deutschland nicht maßgeblich sinkt, können auch die Löhne in Deutschland nicht in dem Maß steigen wie die Preise. Infolgedessen wird die Lohnquote (Anteil der Lohnsumme am Volkseinkommen) stetig weiter absinken. Das ist die moderne, neoliberale Sozialpolitik unserer Zeit.

Sinkende Lohnquote und steigende Arbeitslosigkeit sind das Ergebnis einer globalkapitalistischen Welt ohne Handels- Devisen- und Finanzgrenzen. Alle Arbeiter auf der Welt stehen miteinander im Wettbewerb. Das erhöht die Gewinne und Renditen.

Das will der Neoliberalismus und seine einseitigen Vorteilsnehmer – die internationalen Kapitalanleger und Finanzspekulanten.

© www.hpatzak.de 04.08.2008